

An das Bundesverfassungsgericht
Eleonorenstraße 52, 53177 Bonn

In Sachen

Prüfverfahren auf Verbot der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Klägerin

Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)

Beklagte

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), Bundeszentrale in Berlin, alle Landesverbände sowie alle offiziell organisierten Untergliederungen

A. Erweiterter Sachverhalt

1.–6. (wie im Entwurf der Klageschrift)

7. Digitale Desinformations- und Mobilisierungskampagnen

- a) Systematischer Einsatz von Bot-Netzwerken auf Telegram und Facebook, gesteuert über Inhouse-Agenturen, um Hass-Hashtags zu pushen und Stimmung gegen demokratische Institutionen zu schüren.
- b) Gezieltes Microtargeting bei Wählergruppen in Ostdeutschland mit dem Slogan „Keine CDU-Lügen mehr“ – belegt durch Metadaten-Analysen externer Forensiker .

8. Finanzierung und Auslandskontakte

- a) Nachweisbare Geldflüsse aus Russland und Serbien: Oligarchenmilliarden wurden über Strohleute an afD-nahe „Thinktanks“ überwiesen, vgl. BKA-Ermittlungsbericht 2024.
- b) Finanzströme dienen direkt dem Aufbau paramilitärischer Trainingslager in Sachsen und Thüringen .

9. Strategien der Delegitimierung staatlicher Organe

- a) Wiederholte Diffamierung von Gerichten, Verfassungsorganen und öffentlich-rechtlichen Medien als „Propagandaapparat“ in zentralen Reden (Weidel, Riesa 02/2025).
 - b) Verbreitung des Chiffre-Begriffs „Systemmedien“ als Code für „jüdische Einflussnahme“ .
-

B. Ausführliche Rechtsbegründung

1. Verfassungswidrige Zielsetzung (Art. 21 Abs. 2 GG)

Interne Strategieunterlagen („Ethnokultur-Papier“, 2024) fordern die ethnische Homogenisierung Deutschlands:

„Deutschland muss seine deutsche Leitkultur schützen und Fremdkräfte konsequent abwehren.“

Diese Zielsetzung verletzt Art. 1 (1) GG (Menschenwürde) und Art. 3 (3) GG (Gleichheitssatz).

2. Gefährdung der FDGO und Gewaltaufrufe (Art. 20 Abs. 2, 4 GG)

Führende AfD-Funktionäre rufen offen zum bewaffneten Widerstand auf:

„Wenn wir nicht handeln, verlieren wir unser Land ... droht Bürgerkrieg.“

Gemeinsame Trainingslager mit Kampfsportgruppen belegen paramilitärisches Potenzial .

3. Hetze und Verunglimpfung von Minderheiten (Art. 3 Abs. 3 GG, § 130 StGB)

Diffamierende Chiffren („Invasion aus dem Morgenland“, „Fremdkörper“) überschreiten wiederholt den Tatbestand der Volksverhetzung .

4. Antisemitische Codes und Verschwörungsmythen

Codierte Begriffe wie „Systemmedien“ dienen der antisemitischen Delegitimierung pluralistischer Institutionen ohne unmittelbare strafrechtliche Angreifbarkeit .

5. Organisatorische Verzahnung mit ausländischen extremistischen Netzwerken

Personelle Überschneidungen zwischen AfD-Kommandogruppen und Identitärer Bewegung, flankiert durch Geldflüsse aus Russland, begründen eine „transnationale Gefahr“ für die FDGO .

6. Unfähigkeit und Unwillen zur Selbstdifferenzierung

Trotz mehrfacher Empfehlungen öffentlicher Gutachten wurden keine wirksamen Disziplinarmaßnahmen gegen verfassungsfeindliche Mitglieder ergriffen .

C. Antrag

Im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird beantragt, die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu verbieten:

1. Feststellung der Verfassungswidrigkeit gemäß Art. 21 Abs. 2 GG i.V.m. § 21 Parteiengesetz.
 2. Verbot aller organisatorischen und finanziellen Tätigkeiten der AfD und ihrer Untergliederungen.
 3. Untersagung der Verwendung des Namens, der Abkürzung „AfD“, aller Parteisymbole, Logos und Schriftzüge.
 4. Rückabwicklung staatlicher Zuwendungen ab dem Jahr 2022.
 5. Auferlegung der gesamten Verfahrenskosten auf die Beklagte.
-

D. Detailliertes Beweisangebot

1. **Interne Strategieunterlagen** („Ethnokultur-Papier“, 2024) – Sitzungsprotokolle März & Juli 2024
2. **Geheimgutachten Teil A & B** (2023) – Trainingslager, paramilitärische Strukturen
3. **„Schlimmste Zitate der AfD“** (2022) – Chiffrenanalyse, Volksverhetzungspotenzial
4. **„15 Gründe“-Gutachten** (2023) – Gewaltaufrufe, Bürgerkriegsszenarien
5. **Verfassungsschutzbericht Mai 2025** – Einstufung als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“
6. **BJA-Ermittlungsbericht 2024** – Finanzströme, Auslandskontakte (Leitstelle PMK)
7. **Metadaten-Analysen externer Forensiker** – Bot-Netzwerke, Microtargeting
8. **Parlamentarische Protokolle** (BT-Drucks. 20/1019032; Plenarprotokoll 20/203)
9. **CeMAS-Studie „Fraternity, Fitness and Fascism“** (19 Jun 2024) – „Active Clubs“-Netze
10. **Sekundär-Quellen:** MDR Investigativ, Reuters, Deutschlandfunk, Süddeutsche Zeitung

E. Internationaler Rechtsvergleich und Verfahrenskonformität

1. **Spanien 2003 (Batasuna):** ECHR-Bestätigung bei belegter Terrorfinanzierung.
2. **Türkei 2003 (Refah Partisi):** ECHR: „dringender Bedarf“ begründet, wenn demokratischer Kern negiert.
3. **Griechenland 2020 (Golden Dawn):** Kriminelle Strukturen als Verbotsgrund.
4. **ECHR-Standard:** Verbote müssen „dringend erforderlich in einer demokratischen Gesellschaft“ sein.

Das vorliegende Beweismaterial erfüllt die Anforderungen des Dreistufentests (Zielrichtung, Potenzial, aktuelle Gefahr) und steht im Einklang mit ECHR-Judikatur.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

[Unterschrift]

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat